

Manfred H. Wiegandt

»Make America great again?«

Wie Donald Trump bei den US-Wahlen gewinnen konnte

Nach der Veröffentlichung eines Videos, in dem Donald Trump geprahlt hatte, er könne es sich erlauben, Frauen ohne deren Einwilligung zu küssen und zu begrabschen, schien Hillary Clinton auf dem sicheren Weg ins Weiße Haus. Selbst die leidige E-Mail-Affäre – Clinton hatte als Außenministerin zum Teil geheimhaltungspflichtige E-Mails auf ihrem privaten Server gespeichert und eine Vielzahl angeblich privater E-Mails während der strafrechtlichen Untersuchungen vernichten lassen – schien zu verpuffen, nachdem FBI-Direktor James Comey die Einstellung der Ermittlungen verkündet hatte. Elf Tage vor der Wahl teilte Comey dem Kongress dann aber höchst ungewöhnlich in einem Brief mit, dass neue, noch zu untersuchende, E-Mails aufgetaucht seien. Einen konkreten Hinweis auf deren Relevanz gab es nicht. Dies bremste Clintons Aufwind, auch wenn Comey zwei Tage vor der Wahl bekanntgab, dass die Auswertung der E-Mails zu keinen neuen Erkenntnissen geführt habe.

Die Demokraten waren sich aber sicher, dass ihre »blaue Feuerschutzwand« (Blau ist die Parteifarbe) auf jeden Fall zum Gewinn der Mehrheit im Wahlmännnergremium (*electoral college*) halten werde. Diese *blue fire wall* umfasste die üblicherweise demokratisch wählenden Staaten an der nördlichen Ostküste, an den Großen Seen sowie an der Pazifikküste. Doch dann geschah am Wahltag das Unmögliche: Trump gelang es, die Mehrheit in Pennsylvania, Michigan und Wisconsin zu erringen, drei Staaten im sogenannten Rostgürtel (*rust belt*) mit traditionell demokratisch wählenden Industriearbeitern. Mehrere Ursachen haben kumulativ dazu geführt, dass Clinton, obwohl sie die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen im Land (*popular vote*) erhielt, die Mehrheit im Wahlmännnergremium dennoch verfehlte. Da sind zunächst eher wahrarithmetische Gründe. Während Clinton fast alle Staaten der *blue fire wall* verteidigen konnte, verlor sie die drei genannten *rust belt*-Staaten mit nur 0,3 bis 1,2 Prozentpunkten. Man kann mutmaßen, dass sie ohne das problematische Verhalten des FBI-Direktors die Mehrheit in diesen Staaten und damit im *electoral college* behalten hätte. Der zweite Grund ist das Versagen der Meinungsforschungsinstitute, die anscheinend nicht die stille Minderheit derjenigen ins Kalkül zogen, die den Wahlforschern ihre wahre Neigung nicht mitzuteilen wagten, wie auch die Nichtwähler, die sich durch Trumps Botschaft diesmal zum Wählen motivieren ließen. Die Vorhersage eines umstritteneren Ergebnisses hätten viele zu Hause gebliebene potenziell demokratische Wähler womöglich doch noch zur Stimmabgabe bewogen.

Motivierungsprobleme

Tiefer liegende Ursache ist aber, dass Clinton viele Wähler einfach nicht erreicht hat. Das betrifft zum einen die Industriearbeiter im *rust belt*, die sich zu den Vergessenen rechnen und denen Trumps Botschaft, er werde den Freihandel, die angebliche Ursache für den Verlust von Fabrikarbeitsstellen an das Ausland, einschränken und Produktion und Beschäftigung wieder ins Land zurückbringen, Hoffnung machte. Clinton war aber auch nicht in der Lage, die Mitglieder der früheren Obama-Koalition, Minderheiten, Frauen und junge Wähler für sich zu begeistern. Dennoch hätte man annehmen sollen, dass die erfahrene und anerkanntermaßen kompetente und präsidiale Demokratin gegenüber Trump obsiegen würde. Der Baumogul wurde von der weit überwiegenden Anzahl von Amerikanern negativ bewertet und von über 60 % der Wähler, also auch einem Großteil seiner eigenen, als charakter- und temperamentmäßig ungeeignet für das Präsidentenamt angesehen. Er hatte nicht nur Minderheiten wie Migranten und Schwarze gegen sich aufgebracht, sondern sich wiederholt frauenfeindlich geäußert. Als erster Präsidentschaftskandidat der letzten Jahrzehnte war er nicht bereit, seine Steuerklärung zu veröffentlichen, hatte anscheinend über Jahre hinweg auch jegliche Einkommenssteuerzahlung vermieden. Selbst viele Parteifreunde zeigten ihm die kalte Schulter, und in allen drei Fernsehduellen mit Clinton war er der klare Verlierer.

Ein Grund, warum es Clinton trotz dieser Negativeffekte auf Trumps Seite nicht schaffte, war sicherlich, dass auch sie bei den Wählern extrem unbeliebt war. Ihre selbstherrliche Handhabung der E-Mail-Affäre, der Interessenkonflikt zwischen ihrem Ministeramt und ihrer scheinbaren Rolle als Geldsammlerin für die Clinton-Stiftung, aber vor allem das jahrelange permanente Einhämmern der Republikaner auf sie, wohl auch auf ihre Rolle als selbstbewusste Frau zurückzuführen, hatten bei den Wählern ein klar negatives Image hinterlassen. Trumps Slogan von der »*crooked* (betrügerischen) *Hillary*« stieß auf Resonanz.

Dennoch, Trump schien noch unbeliebter. Ausschlaggebend waren hingegen andere Dinge. Erstens waren viele, besonders nichtstädtische Wähler darüber wütend, dass sie jahrelang vernachlässigt worden waren, dass es ihnen immer schlechter ging, während andere alles absahnten, nicht nur die Reichen, sondern in ihrer Vorstellung auch Ausländer und die Unterschichten. Wenn Trump Clinton vorwarf, 30 Jahre am Ruder gewesen zu sein, ohne etwas für die Menschen erreicht zu haben, so kam dies bei vielen Wählern an, selbst wenn man Trump entgegenhalten konnte, dass er selbst ja zu der Klasse derjenigen gehörte, die das System für sich ausnutzten. Aber dies zählte für viele anscheinend nicht. Man nahm ihm ab, dass er als Außenstehender mit dem Versagen der Politiker nichts zu tun habe und in der Lage sei, es besser zu machen.

Dies paarte Trump mit einer Botschaft, die viele Leute hören wollten: »We'll make America great again!« So groß wie früher – in den 50er Jahren. In dem Slogan schwanen Nostalgie, aber auch ein Wunsch nach Befreiung von allem liberalen Ballast mit. Keine komplizierte Welt, in der Fremde, Andersgläubige, Farbige, emanzipierte Frauen, Homosexuelle und Political Correctness die Dinge verkomplizieren. Mit diesem Wunschbild, demzufolge Männer wieder feste und gutdotierte Arbeitsplätze haben würden, konnte er die gewinnen, die sich als Verlierer der Moderne empfanden und

für einfache Erklärungen und Lösungen empfänglich waren. Sicher waren darunter auch verkappte Rassisten, aber auch ganz normale Bürger, die bereit waren, sich jemandem anzuschließen, der ihnen die Rückgewinnung materieller und intellektueller Sicherheit versprach. Schuldig für ihre Misere war Trump zufolge neben den Ausländern, Mexiko und China vor allem das Washingtoner Establishment. Dabei war das Bild, das er vom Establishment zeichnete, durchaus inkohärent und widersprüchlich. Die Wall Street gehörte genauso dazu wie die liberalen Kritiker der Wall Street; eine Welt, zu der die einfachen Leute keinen Zugang haben.

Clinton versinnbildlichte dieses Establishment: seit Jahren in der Politik, eng verbunden mit den liberalen Medien, aber auch mit der Wall Street (wie ihre hochdotierten Reden bei Goldman Sachs belegen), dazu ihr Eintreten für NAFTA und den freien Welthandel. Trump brauchte eigentlich nur an die Kritik von Bernie Sanders im Vorwahlkampf anzuknüpfen, der ebenfalls eine Anti-Establishment-Kampagne, allerdings ohne die rassistischen und antiliberalen Untertöne, gegen Clinton geführt hatte. Bemerkenswert ist, dass die Plausibilität der vielfach offensichtlich unstimmmigen Lösungen, die Trump anbot, von seinen Anhängern nicht hinterfragt wurde. So etwa, wenn er rigide Steuersenkungen, daneben die Wiederaufrüstung der Streitkräfte sowie die Auferlegung eines (von den Republikanern eigentlich verhassten) Infrastrukturprogramms bei gleichzeitiger Reduzierung des Haushaltsdefizits propagierte. Auch die Wiedergewinnung von Fabrikarbeitsplätzen, die nicht nur durch die Verlagerung der Produktion ins Ausland, sondern auch durch Rationalisierung verloren gegangen sind, ist eigentlich nicht mehr als eine hehre Wunschvorstellung.

Dagegen wurde Clintons Vertrauen darauf, dass Wählerinnen nach Trumps frauenfeindlichen Ausfällen automatisch für sie stimmen würden, herbe enttäuscht. Weiße Frauen, und unter ihnen besonders diejenigen ohne Collegeabschluss, stimmten mehrheitlich für Trump. Vielleicht ist gerade dies symptomatisch dafür, dass die intellektualistische Blickverengung im Clinton-Lager die wirklich relevanten Motive besonders in weniger gebildeten Schichten völlig falsch einschätzen ließ. Und Trumps Anhänger schlicht als »bedauernswert« (*deplorable*) zu bezeichnen, brachte Clinton diesen Schichten auch nicht näher. Dass Trumps Appell unterschwellig immer auch ein Appell an die Weißen war, hat sich dadurch ausgezahlt, dass er etwa 58 % der weißen Stimmen erhielt. Dieser Vorteil – Weiße machen etwa 70 % der US-amerikanischen Gesamtwählerschaft aus – wurde auch nicht durch Stimmen der Latinos wettgemacht, die, obwohl besondere Zielscheibe Trumps, wieder einmal kaum zur Wahl gingen.

Fixierung des Partiestablishments auf Clinton

Trump's Erfolg hätte dennoch vermieden werden können, wenn auf Seiten der potenziellen demokratischen Wähler nicht ein klarer Motivationsknick zu verzeichnen gewesen wäre. Vergleicht man die Wählerzahlen nur mit denen vor vier Jahren, so sieht man, dass Clinton ca. 6,5 Mio. Wähler weniger als zuletzt Obama für sich gewinnen konnte, was wohl nur damit zu erklären ist, dass viele Obama-Wähler bei ihr keine ansprechende Botschaft sahen, geschweige denn sie als Hoffnungsträgerin für gesellschaftlichen Wandel zu begreifen. Diese Wahlabstinenz beschert ihnen nun einen Präsidenten, der wohl nicht die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung repräsen-

tiert, die konservative Mehrheit im Supreme Court auf nicht absehbare Zeit zementieren und die Errungenschaften Obamas im Gesundheits-, Umwelt- und Konsumentenschutz großteils zunichte machen wird. Statt Wählerschelte zu üben, sollte sich das demokratische Parteiestablishment aber selbst hinterfragen. Mit der vorzeitigen internen Festlegung auf Clinton wurden andere mögliche Präsidentschaftskandidaten, die weniger Ballast mit sich hätten herumschleppen müssen und vielleicht sogar eine Vision für das Land gehabt hätten, von vornherein abgeschreckt. Sanders, so lässt sich retrospektiv sagen, hätte mit seiner auf Veränderung zielenden Botschaft jedenfalls viele Trump-Wähler, besonders aber mehr junge Wähler und damit vielleicht auch die Präsidentschaftswahl gewonnen.



Manfred H. Wiegandt

ist Rechtsanwalt und lebt in Massachusetts/USA. Er ist Verfasser einer Reihe von Beiträgen über US-Politik und -Verfassungsrecht.

mhw@wiegandt-immigrationlaw.com

Thomas Meyer

Noch ein Weckruf

Wir haben in letzter Zeit den großen Weckruf mehr als einmal vernommen. Anlässe waren: die europaweite Ausbreitung des Rechtspopulismus bis hinein in die Bastionen der Demokratie wie Skandinavien und Frankreich, seine Machtübernahme in Herzländern der EU wie Ungarn und Polen, sein Emporschnellen zur zweitstärksten Partei in einem deutschen Bundesland, das Herausbrechen eines Stützpfeilers der Union mit dem Brexit – und nun Donald Trump als Führer der stärksten Weltmacht. Jedes Mal warnten Politiker und Medien: ein Weckruf, der umgehend ernst zu nehmen ist, bevor es zu spät sein wird. Bisher haben diese Schreckensmeldungen das Blatt kein bisschen gewendet. Im Gegenteil: Das Übel breitet sich aus und »normalisiert« sich. Was auch immer dieser furchterregenden Blackbox namens Trump in den kommenden Jahren entspringen mag, eines scheint schon jetzt gewiss: Dieser sonderbare Hybrid aus Trash-TV, höhnischer Zivilisationsverachtung und populistischer Revolte gegen die demokratischen Institutionen und ihre Eliten wird auch in Europa alle ermutigen, die sich in seinem Programm wiedererkennen. In den USA war das die Hälfte der Wähler, diesseits des Atlantiks sind es mancherorts sogar noch mehr. Nichts garantiert, dass ihre Zahl – wenn nichts geschieht – in Europa nicht noch weiter wächst. Was aber waren die bisherigen Reaktionen auf die immer dringlicheren Weckrufe? Nichts Nachdrückliches lässt sich da erkennen. Und nun in Deutschland sogar die Aussicht auf noch mehr Angela Merkel, wo diese Mutti-Darstellerin doch wie kaum eine zweite politische Persönlichkeit so gut wie alles verkörpert, was die Frustrierten und Wütenden antreibt (geradezu aufreizend bei der Begründung ihrer erneuten Kandidatur Ende November): die Unerreichbarkeit der etablierten Politik, die Polarisierung der Gesellschaft, die soziale Kälte Europas, in der die Abgehängten